



## Presseinformation

zur 13. Sitzung des Kreisausschusses  
am 04.07.2022

### TOP 2.2

#### **Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Deutschland - aktueller Stand**

##### **Sachverhalt:**

Wesentliche Ergebnisse der ersten Sitzung des Forums Endlagersuche (FE) am Freitag 20.05.2022 und Samstag 21.05.2022

##### Beteiligung:

- Von den insgesamt 617 angemeldeten Personen waren ca. 60 vor Ort und in der Regel 200 – 320 Personen in der hybrid gestalteten Veranstaltung online anwesend.
- Die meisten Anmeldungen kamen aus Bayern (über 100).
- Die höchste Beteiligung lag bei den Vertretern der kommunalen Gebietskörperschaften und den Beobachter mit jeweils ca. 100 Personen.
- Auffällig war, dass nur sehr wenige Bürger durch das Format erreicht werden konnten und die Beteiligung der Vertreter von gesellschaftlichen Organisationen abgenommen hat.

##### Weitere wichtige Aspekte und Ergebnisse:

- Zwischenergebnisse zu den bereits ausgeschiedenen Gebieten will die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) jährlich veröffentlichen.
- Gefordert wurde daher ein geeignetes Review-Verfahren, das begleitend zu den Arbeitsständen und nicht erst am Ende der Phase 1 durchgeführt werden soll, damit bei Beanstandungen frühzeitig reagiert werden kann.
- Die BGE betonte, dass Gebiete mit guter Datenlage nicht bei der Auswahl bevorzugt werden. Für Gebiete mit geringer Datenlage soll eine bestmögliche Einschätzung angewendet werden.
- Um eine höhere Datendichte zu erlangen, hat die BGE groß angelegte Digitalisierungsprojekte gestartet, damit auch bisher analoge Daten für das Verfahren nutzbar gemacht werden können. Die Priorisierung der Daten richtet sich hierbei nach der Reihenfolge der Abarbeitung der Teilgebiete.

##### Wichtige Beschlüsse der Fachkonferenz:

- Mit einer sehr großen Mehrheit wurde beschlossen, dass ausgeschiedene Gebiete so früh als möglich im laufenden Prozess von der BGE veröffentlicht werden sollen, damit sich Kommunen möglichst frühzeitig darauf einstellen können.
- Die Akteure des Standortauswahlverfahrens (BGE, BASE, NBG und BMUV) werden aufgefordert einen Zeitplan für den weiteren Verlauf zu erstellen. Hierfür soll im Herbst 2022 ein durch das Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE) organisierter Workshop stattfinden. Ziel ist dabei die Veröffentlichung eines Zeitplans bis Ende 2022. Dieser soll

- helfen Beteiligung strukturiert und situationsadäquat organisieren zu können und ist als „lebendes“ Dokument zu sehen, das im weiteren Verlauf angepasst werden kann.
- Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) wird aufgefordert zu der Methodik der BGE zur repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchung Stellung zu nehmen.
  - Die BGE wurde aufgefordert wissenschaftliche Themen in einfache Sprache für interessierte Bürger umzuwandeln, damit Personen unterschiedlichen Wissensstandes erreicht werden können.
  - Nach einer Reflexionsphase soll im Herbst 2022 ein Workshop zu der Thematik stattfinden, wie das aktuelle Öffentlichkeitsbeteiligungsformat und die Arbeitsweise des PFE optimiert und weiterentwickelt werden können. Die Beteiligung und Einbringung in diesem Rahmen soll attraktiver werden.
  - Noch im Jahr 2022 soll ein Workshop zum Temperatur-Kriterium nach § 27 Abs. 4 StandAG (aktuelle Begrenzung auf 100 Grad) für eine möglichst schnelle Klärung der Thematik durchgeführt werden.

#### Wahl der neuen Mitglieder für das Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE)

- Am 21.05.2022 fand die Wahl der neuen PFE-Mitglieder statt. Diese wurden für eine Amtszeit von einem Jahr gewählt.
- Aus Bayern ließ sich lediglich Frau Eva Bayreuther aufstellen, die mit großer Zustimmung von 86 Stimmen als Vertreterin für die kommunalen Gebietskörperschaften gewählt wurde.
- Nicht mehr kandidiert haben aus Bayern Herr Jörg Hacker (Geschäftsführer Naturpark Fichtelgebirge e.V., Gruppe der gesellschaftlichen Organisationen), Frau Svenja Faßbinder (LRA Wunsiedel, Gruppe der unter 35jährigen) und Herr Martin Behringer (1. Bürgermeister von Thurmansbang, Niederbayern).

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss nimmt Kenntnis.